

Anlagebetrug, Internetkriminalität, Steuerhinterziehung etc.. Als Geldwaschanlagen fungieren Offshore-Zentren, also Territorien besonderen Rechts, die die Reichen aller Herren Länder anziehen, weil öffentliche Kontrollen weitgehend beseitigt wurden und Steuern nicht gezahlt werden müssen. Fast staatsfreie Räume bieten den Privaten alle Möglichkeiten, kriminell erworbenes Geld, hinterzogene Steuern oder illegal aus manchen Ländern abgezogenes Kapital zu parken und in die globalen Finanzmärkte nach gründlicher Geldwäsche zurückzuschleusen.

Das ist Deregulierung pur. Kann man dem beikommen? Mit dem entsprechenden politischen Willen sehr wohl. Wenn die Regulation der Finanzmärkte nur halbherzig oder gar nicht (wie auf dem G8-Gipfel von Heiligendamm 2007 kurz vor dem Ausbruch der Immobilienkrise) begonnen wird, dann liegt dies nicht an ehernen ökonomischen Gesetzen einer Marktwirtschaft, sondern am nicht vorhandenen politischen Interesse. Die Briten wollen ihre Finanzinstitutionen in der Londoner City fördern. Denn nach dem Abbau der tradi-

tionellen Industrie trägt die Finanzindustrie bis zu 40 Prozent des Sozialprodukts bei. Die Deutschen blockieren Klimaschutzmaßnahmen, weil die Automobilindustrie ihre CO₂-Schleudern auch weiterhin verkaufen will. Die USA lassen sich nur auf unverbindliche Klimaziele ein, weil der »American way of life« nicht zur Disposition gestellt werden soll. Doch die Sanktionen gegen Kuba oder gegen den Iran und den Irak belegen es: Wenn sie politisch opportunistisch sind, greifen auch neoliberal eingestellte Regierungen zu harten Maßnahmen der ökonomischen und politischen Regulierung.

So wie es mächtige ökonomische Interessen sind, die sich einer notwendigen Regulation, die ihre Macht eingrenzen würde, widersetzen, müssen soziale Bewegungen Druck auf die Politik ausüben, um durch politische Regulation die Richtung der Entwicklung des globalen Kapitalismus zu beeinflussen. Es geht also darum, sich den externen »Sachzwängen« der globalisierten Ökonomie zu entziehen und durch politische Regulation die Ökonomie wieder in Gesellschaft und Natur »einzubetten«.

Thomas Meyer

Zwischenruf: Marxismus als Populismus

Eine trügerische Scheinblüte

Erzeugt der Triumph eines die Einfriedungen von Sozialstaat und demokratischer Regulierung empfindlich beschädigenden globalen Finanzkapitalismus nun wie von selbst auch eine Renaissance des Marxismus? Hatte dieser nicht alles vorausgesagt und gewarnt? Die Rhetorik einiger Gallionsfiguren der *Linkspartei*, bei uns ebenso wie ihrer Vorbilder anderswo in der Welt, scheint dafür zu sprechen. Marx hatte aber auch beobachtet, dass sich alle großen historischen Ereignisse der Ge-



Thomas Meyer

(*1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*.

thomas.meyer@fes.de

schichte zweimal ereignen, zuerst als Drama und dann als Farce. Folgt auf das Drama der Konflikte zwischen dem krisengeschütteltem Kapitalismus und marxistisch inspirierten Verheißungen seiner endgülti-

gen Überwindung, die allesamt in der Praxis so beklagenswert scheiterten, die Farce eines zur populistischen Anklagerhetorik verkümmerten Marxismus, der immer noch so tut, als hätte er die große Alternative in der Tasche, in Wahrheit aber selber weiß, dass er für die Praxis nicht taugt?

Vom Marxismus kann, wie wir im 20. Jahrhundert erfahren, fast beliebiger Gebrauch gemacht werden. Von der Inspiration basisdemokratischer Politik, über die programmatische Orientierung der demokratischen Arbeiterbewegung, den politik-abstinenten akademischen Diskurs bis hin zur Rechtfertigung totaler Herrschaft. Nur für den Entwurf konstruktiver Handlungsalternativen gibt er kaum etwas her. In den Organisationen der demokratischen Arbeiterbewegung ist das Marxsche Erbe nicht deshalb zu einem dünnen Rinnsal geschrumpft, weil es ignorant verschleudert würde, sondern weil es für die demokratische Gestaltungspraxis nichts mehr hergibt. Markt, Sozialstaat und Demokratie sind, durchaus unter dem Druck der marxistisch inspirierten Arbeiterbewegung, so schien es bis vor kurzem, eine produktive Verbindung eingegangen, die den alten Zielen der sozialen Demokratie ganz gut dient.

Heute, da die Balance dieser Triade unter der Wucht überbordender Finanzmärkte gestört ist, bahnt sich auf der ganz Linken eine abermalige Renaissance des Marxismus an. Angeboten werden aber keine handlungsorientierten Analysen, sondern bloß der populistische Gebrauch zersplitterter Versatzstücke der großen Tradition, dem es vor allem um Anklage und den schrillen Ton geht. Das kann gefährlich werden, wie die letzten Parlamentswahlen in den Niederlanden zeigten, wo diese Mischung beinahe ein Drittel der Gesellschaft mitreißen konnte. Und auch bei uns sind die Umfragewerte für sie beträchtlich. Auch Chavez hat zur Untermauerung seines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« vor allem das große Geld aus den Ölquellen des Landes, mit dem sich einiges machen lässt, und

noch größere Parolen, aber keine Reformkonzepte, von denen sich für die Praxis etwas lernen ließe.

Die Verweigerung der Aussage

Diese polemische Verwendung eines instrumentalisierten Schwundmarxismus begnügt sich mit einer aufs Ganze gehenden Anprangerung des Kapitalismus, verbunden mit dem Gestus, eine ganz andere Ökonomie sei möglich, wenn wir nur wollten. Dabei verweigert sie noch immer jede Auskunft darüber, wie es ohne Markt weitergehen könnte und was aus den gescheiterten Experimenten mit Totalalternativen zu ihm im 20. Jahrhundert gelernt werden muss. In der Gemeinschaft dieser Defizite liegt die tatsächliche Übereinstimmung des »Sozialismus im 21. Jahrhundert« mit dem populistischen Lafontainismus in Teilen der *Linkspartei*. Das ist für eine seriöse politische Debatte heute entschieden zu wenig.

Für die Lösung des Rätsels der Geschichte hatte der unruhige Geist aus Trier nur eine abstrakte Antwort. Die rationale, planvoll gestaltete Entfaltung der Produktivkräfte sollte mit nicht entfremdeter, selbstbestimmter Arbeit verbunden werden. Wie aber kann das gehen? Die Vorteile von Dynamik und Produktivkraftentfaltung des Kapitalismus sollen ja bewahrt bleiben, wenn seine Gebrechen mit Stumpf und Stil ausgerottet werden? Als Marx' Nachfolger, die gläubigen und die kritischeren gleichermaßen, mit dem Projekt Ernst machen wollten, entdeckten sie rasch, dass mit diesen Vorgaben das Rätsel der Geschichte nicht gelöst, sondern nur radikal formuliert worden war. Daher versteiften sich die einen darauf, den »Stoffwechsel mit der Natur« rational zu regeln und dogmatisierten Plan und staatliches Eigentum. Sie sind auf der ganzen Linie gescheitert. Andere suchten das Heil in nicht entfremdeter gemeinschaftlicher Arbeit, einer

Welt der Genossenschaften, des Syndikalismus. Sie gelangten nie über Einzelexperimente und lokale Projekte hinaus. Das sozialdemokratische Projekt aber hält mit seiner Triade von Markt, sozialstaatlicher Einbettung und demokratischer Regulation an den Normen des Ursprungsimpulses fest, wohl wissend, dass damit nur Annäherungen an die großen Ziele gelingen können, die durch neue Entwicklungen immer wieder gefährdet sind.

Populistische Suggestionen

Dieses Projekt scheint dem zu neuem Leben erwachenden marxistischen Populismus zu gering – der Staat soll nicht bloß der Arzt am Krankenbett eines schuldig gewordenen Todeskandidaten sein. Damit lässt sich in schlechten Zeiten schön Stimmung machen, aber nichts gestalten. Der Marxismus hat seinen Hauptwiderspruch zwischen großer Anklage und ganz kleinlauten Gegenvorschlägen nie überwunden. Aber auch seine Nebenwidersprüche haben es in

sich, z.B. die sträfliche Unterschätzung nicht nur der Regenerationsfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft, sondern auch ihrer beiden korrigierenden Komplemente, dem Sozialstaat und der Regulationsfähigkeit der Demokratie. Und um deren Neujustierung kann es heute allein gehen.

Das ist die Lage. Was in ihr gebraucht wird, sind Antworten, die funktionieren. Kapitalismuskritik ist wichtig, Gestaltungsvorschläge, wie es besser geht, sind wichtiger. Sie können sich nur im Rahmen der Triade Markt, Sozialstaat und demokratische Regulation bewegen, wenn sie die Geschichte nicht vergessen. Die beiden letzteren über ihre nationalen Wirkungsgrenzen hinaus, europäisch und global, zu erweitern, so wie den großen Spielraum, wie in den skandinavischen Erfolgsländern, auch national besser zu nutzen, darum geht es. Ein Populismus, der von der Suggestion lebt, es gäbe heute eine Globalalternative dazu, ist nicht nur Marxismus als Farce, sondern eine Beschädigung des auf Gestaltungspolitik zielenden linken Diskurses.

Gerhard Christe

Integration benachteiligter Jugendlicher – aber wie?

8 % der Jugendlichen eines jeden Altersjahrgangs verlassen die Schule ohne Abschluss. Obwohl die Gründe weitgehend bekannt sind und seit über einem Vierteljahrhundert ein »Auffangsystem« besteht, hat sich die Situation keineswegs verbessert. Integration durch Bildung erreicht längst nicht alle Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten, adäquate Unterstützung sogenannter »dropouts« muss weiter greifen.

Laut Art. 3 des Grundgesetzes darf in der Bundesrepublik Deutschland niemand aufgrund seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden. Trotzdem entscheidet diese in keinem anderen Industriestaat so sehr über Schulerfolg und Bildungschancen wie in Deutschland. Der *Zwölfte Kinder- und Jugendbericht* (2006) und der 2.



Gerhard Christe

(* 1946) ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg und Leiter des *Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe* in Oldenburg. Bei *Lambertus* erschien im März *Chancen für Jugendliche ohne Berufsausbildung* (zus. mit M. Goltz und E. Bohlen).
gerhard.christe@iaj-oldenburg.de